

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bremen · Altenwall 25 · 28195 Bremen

Landesverband Bremen

Geschäftsstelle
Altenwall 25
28195 Bremen
Tel.: +49 (421) 3011 100
info@gruene-bremen.de

Bremen, 9. Mai 2023

Antwort auf Ihre Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Neumann,

vielen Dank für die Einsendung Ihrer Wahlprüfsteine, die wir Ihnen hiermit beantworten. Wir freuen uns darauf, in der kommenden Legislaturperiode mit Ihnen im Austausch zu bleiben.

Mit freundlichen Grüßen,
Alexandra Werwath & Florian Pfeffer
Landesvorstandssprecher*innen

--

1. „Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ weiterentwickeln: Der Aktionsplan muss ab 2025 unter Beteiligung der queeren Vereine fortgeschrieben, weiterentwickelt und finanziell auskömmlich im Haushalt untersetzt werden. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das umgesetzt wird?

Die Weiterentwicklung des Landesaktionsplans ist ein zentrales queerpolitisches Anliegen der kommenden Wahlperiode. In der Umsetzung soll er zunehmend mit den regelhaften Strukturen von Politik und Verwaltung verzahnt werden, so dass er als Grundelement öffentlichen Handelns verankert wird. Die nötigen Haushaltsmittel für die Erarbeitung des neuen Aktionsplans werden wir bereitstellen. Dabei wollen wir eine intensive Beteiligung aller relevanten Akteur*innen sicherstellen, nicht zuletzt auch des Queerpolitischen Beirats und der dort vertretenen Organisationen.

2. Sicher leben! Aktiv gegen LSBTIQ-Hasskriminalität: Werden Sie dafür sorgen, dass in Bremen die Empfehlungen des AK „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ (BMI) umgesetzt und entsprechende Maßnahmen auf den Weg gebracht werden?*

Die Empfehlungen des AK liegen noch nicht vor, so dass wir sie noch nicht bewerten können. Wir gehen aber davon aus, dass wir in Bremen keinesfalls hinter den Empfehlungen zurückbleiben, sondern im Zweifel darüber hinausgehen werden.

Generell sehen wir es als Aufgabe grüner Politik, dass sich alle Menschen im öffentlichen Raum frei und sicher bewegen können. Im Sinne einer queersensiblen Stadtplanung wollen wir die Erfahrungen und speziellen Bedürfnisse queerer Menschen bewusst mitdenken und Angsträume konsequent beseitigen. Außerdem wollen wir noch mehr Polizist*innen zu Fuß und auf Fahrrädern, um alle Bürger*innen auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Bremens Straßen zu sorgen.

Falls es dennoch zu queerfeindlichen Straftaten kommt, müssen speziell geschulte Ermittler*innen die Opfer optimal unterstützen und die Täter*innen effektiv verfolgen. Um dies sicherzustellen, werden wir die Queerbeauftragtenstelle der Polizei mit einer Vollzeitstelle ausstatten und eine entsprechende Beauftragtenstelle bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven schaffen.

3. Regenbogenfamilien stärken: Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien müssen in Verwaltung, Familienhilfe, Jugendämtern, KiTas und Schulen anerkannt und gleichberechtigt gefördert werden. Wie wollen Sie dies umsetzen sowie die Förderung von Beratungsangeboten langfristig sicherstellen?

Wir sind sehr angetan von den Regenbogenfamilienzentren in Berlin und wollen prüfen, wie auch in Bremen eine solche Infrastruktur geschaffen werden kann. Jedenfalls wollen wir die Beratungsangebote für Regenbogenfamilien verbessern und das Personal in Gerichten und Jugendämtern dahingehend schulen, Diskriminierung abzubauen. Besonders in Bezug auf Regenbogen-Pflegefamilien, die einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Kindern in Notlagen leisten, ist dies von großer Bedeutung.

4. Respekt und Vielfalt in Bildung & Schule voranbringen: „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ muss in Aus- und Fortbildung verankert, Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien LSBTIQ-inklusiv sein, bei allen, auch bei freien Schulen. Wie wollen Sie das gewährleisten und Beratungsangebote vorhalten?*

Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Finanzierung des Schulaufklärungsprojekts vom Rat&Tat-Zentrum aus dem Haushalt des Bildungsressorts ein und können uns sehr gut eine Erhöhung vorstellen, um eine zweite Vollzeitstelle zu finanzieren.

Damit der sexualpädagogische Unterricht in hoher Qualität und queersensibel an allen Schulen durchgeführt wird, sind außerdem entsprechende Weiterbildungsprogramme für Lehrer*innen am LIS sowie eine Qualitätssicherung durch die Bildungsbehörde, insbesondere auch bei Privatschulen, nötig. Die Antidiskriminierungsberatungen an den ReBUZen wollen wir evaluieren und die Beratungsstellen bei Bedarf ausbauen. Mit einer

Beschwerdestelle für Schüler*innen und Eltern wollen wir eine zweite Säule schaffen, die Sanktionsmöglichkeiten hat.

Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass möglichst viele Bremer Schulen an dem Antidiskriminierungsprogramm „Schule der Vielfalt“ teilnehmen. Dazu wollen wir die Einrichtung einer Koordinierungsstelle prüfen und anspruchsvolle Qualitätskriterien definieren.

5. Diskriminierungsschutz ausbauen: Werden Sie nach dem Vorbild von Berlin ein Landesantidiskriminierungsgesetz zum Schutz vor Diskriminierung und zur Förderung von Vielfalt und Respekt auf den Weg bringen und die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) in Bremen auskömmlich finanzieren?

Ja, mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir die bremischen Behörden wirksam zur Gleichbehandlung verpflichten und es sowohl Betroffenen als auch ihren Interessensverbänden ermöglichen, im Diskriminierungsfall Schadensersatz einzuklagen.

Für die Landesantidiskriminierungsstelle haben wir die rechtlichen und finanziellen Grundlagen bereits geschaffen. Die Stelle muss nun rasch an den Start gehen, um das Beratungsangebot in Bremen zu bündeln und einheitliche und klare Strukturen zu schaffen. Wo dies zu mehr Arbeit für die einzelnen Beratungsstellen führt, werden wir diese besser ausstatten.

6. Grundgesetz LSBTIQ-inklusiv ausgestalten: Werden Sie im Bundesrat die LSBTIQ*-inklusive Ergänzung von Art.3, Abs.3 Grundgesetz unterstützen und einen entsprechenden Antrag einbringen?*

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene ist vorgesehen, den Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 GG) um ein Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Identität zu ergänzen. Zur Erreichung der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit wird entscheidend sein, auch die CDU/CSU-Fraktion und jedenfalls einige unionsgeführte Länder ins Boot zu holen. Eine nicht abgestimmte Einbringung eines entsprechenden Antrags im Bundesrat könnte sich kontraproduktiv auswirken. Daher halten wir es nicht für sinnvoll, einen eigenen Bremer Bundesratsantrag zu versprechen. Eher zielführend wäre wohl ein gemeinsamer Antrag mit unionsgeführten Ländern. Jedenfalls werden wir uns auf Bundesebene mit strategisch gut überlegten Schritten intensiv dafür einsetzen, dass es bis zur nächsten Bundestagswahl endlich zu dieser lange überfälligen Grundgesetzänderung kommt.

7. Für Selbststimmung & Vielfalt im Bundesrat: Werden Sie sich für eine Modernisierung des Familien-/Abstammungsrechts einsetzen, die Regenbogenfamilien absichert und werden Sie für die geschlechtliche Selbstbestimmung von trans, nichtbinären und intergeschlechtlichen Menschen im Bundesrat stimmen?*

Die Gleichstellung von Regenbogenfamilien ist noch lange nicht vollständig erreicht. Die diskriminierende Praxis bei der Stiefkindadoption für lesbische Paare muss abgeschafft werden. Zusätzlich braucht es rechtliche Regelungen für elterliche Mitverantwortung für bis zu zwei weitere Personen neben den biologischen Eltern. Hierfür werden wir uns über

die bundespolitischen Einflussmöglichkeiten ebenso stark machen wie für die rasche Verabschiedung eines möglichst weitgehenden Selbstbestimmungsgesetzes.

*8. Queeres Leben im Alter fördern: Wie wollen Sie dafür sorgen, dass queere Senior*innen in Bremen sich in den Einrichtungen der Altenarbeit und -hilfe sicher und wertgeschätzt fühlen und ihre Teilhabe in Senior*innenvertretungen erhöht wird?*

Das Bremische Wohn- und Betreuungsgesetz schreibt den Pflegeheimen Unterstützungskonzepte zur Vermeidung von Diskriminierung vor. Wir wollen die Wohn- und Betreuungsaufsicht durch Fortbildungen und einen verbindlichen Kriterienkatalog in die Lage versetzen, ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass die Pflegeanbieter*innen hierbei eine LSBTIQ-sensible Pflege umsetzen. Außerdem halten wir es für wünschenswert, dass möglichst viele Bremer Pflegedienste und -einrichtungen an Zertifizierungsprogrammen für eine LSBTIQ-sensible Pflege teilnehmen und entsprechende Qualitätssiegel erwerben (z. B. „Lebensort Vielfalt“ von der Schwulenberatung Berlin). Das Sozialressort erarbeitet derzeit ein Konzept, wie die Teilnahme an solchen Zertifizierungen finanziell gefördert werden kann.

Weitere Maßnahmen haben wir in der Bürgerschaft mit dem Antrag auf Drucksache 20/1769 beschlossen, dessen Umsetzung wir sicherstellen und parlamentarisch eng begleiten wollen.

Antworten auf Frage 9 + 10 wurden nachgetragen.

9. Diversität in Gesundheitswesen und Pflege fördern Das Personal in Pflege und Gesundheit muss für den Umgang mit LSBTIQ sensibilisiert werden und dies muss in Aus- und Fortbildung fest integriert werden. Trans*- , intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen brauchen leichten Zugang zu med. und psychischer Hilfe. Wie wollen Sie das gewährleisten?*

Besonders im Bereich der Gynäkologie und Endokrinologie sehen wir einen Mangel an sensiblem Umgang mit queeren Personen. Dem wollen wir u. a. durch integrierte Gesundheitszentren und kommunalen MVZ begegnen. Hier arbeiten die Ärzt*innen als städtische Angestellte, so dass bei der Personalauswahl auf besondere Kompetenzen in der Behandlung von trans*, inter* und nichtbinären Personen geachtet und auch entsprechende Fortbildungen sichergestellt werden können.

Zusätzlich wollen wir interdisziplinäre Zentren für sexuelle, reproduktive und genderspezifische Gesundheit schaffen. Für trans*, inter* und nicht-binäre Personen soll dies eine Anlaufstelle sein und Versorgungssicherheit herstellen.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung ein. Dazu gehört die konsequente Umsetzung der im Herbst 2022 beschlossenen Gender-Leitlinien, aber auch die Verstärkung und ggf. Anpassung der Mittel für die psychotherapeutische Beratung bei TransRecht.

10. Bremen setzt sich für die Menschenrechte von LSBTIQ ein Wie wollen Sie zukünftig die Menschenrechte von LSBTIQ* in den internationalen Beziehungen des Landes Bremen mitdenken und vor allem auch berücksichtigen?*

Bremen hat im Lauf der Zeit Verbindungen in viele Regionen der Welt aufgebaut. All diese Partnerschaften – mit Gdansk, Riga, Haifa, Izmir, Durban und Dalian – haben die Förderung von Demokratie, Frieden und Menschenrechten zum Ziel. Wir wollen unsere bestehenden Städtepartnerschaften intensivieren und finanziell fördern. Aus unseren Partnerschaften wissen wir, dass verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen in ihren Ländern bedrängt werden. Daher zeigen wir uns solidarisch und fördern weiterhin die wichtigen Kooperationen mit den betroffenen Gruppen, z. B. den queeren Communities in unseren Partnerstädten.

Auf europäischer Ebene setzen wir uns auch zukünftig für die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und von Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung ihrer Rechte ein.